



## Auf Sicherheitsliste hinten



Jörg Bruchmüller

**So titelte die Hessisch-Niedersächsische Allgemeine am 4. Januar 2007. Nach einer Studie der Initiative neue soziale Marktwirtschaft (INSM) ist Kassel eine der unsichersten Städte Deutschlands. Die Studie belegt, dass in Kassel nahezu doppelt so viele Straftaten registriert wurden, wie im Bundesdurchschnitt. Darüber hinaus bestätigt die aktuelle INSM-Studie, die bereits von der Bertelsmannstiftung festgestellte Kriminalitätsbelastung für die Stadt Frankfurt, die im Jahr 2005 mit 17 570 Straftaten pro 100 000 Einwohnern registriert wurde und damit das Schlusslicht bundesweit darstellt.**

Aber auch andere Faktoren, wie z. B. Arbeitslosigkeit, Kaufkraft und demographische Entwicklung gehören zu Untersuchungsergebnissen der arbeitgebernahen INSM, die für eine Gesamtbetrachtung von Sicherheitsaspekten überaus aufschlussreich und im Internet nachzulesen ist. Vergleicht man die in der Studie erhobenen Fakten und Daten bundesweit sowie hessenintern, wird man hinsichtlich der Ergebnisse der landesweiten Sparorgien bei der hessischen Polizei und der internen Personalmangelanalyse überaus misstrauisch.

Zunächst bleibt festzustellen, dass der Personalabbau von nahezu 1000 Stellen im Zuge der „Operation Sichere Zukunft“ die hessische Kriminalitätsbelastung vollends konterkariert.

Hinzu kommt, dass der Personalabbau im Vollzugsbereich (Beamtinnen und Beamte) mit 360 Stellen nach dem Zufallsprinzip der Ruhestandsversetzungen 2007 und 2008 erfolgt. Dabei ist mir wohl bewusst, dass mit 5,4 Prozent Einsparpotenzial aller Beschäftigten, eine vergleichsweise gleichmäßige Mangelverteilung auf alle Präsidialbereiche festgesetzt wurde.

Aber ein Minus von allein 72 Beamtenstellen(!) für den Bereich des PP Nordhessen in den kommenden zwei Jahren ist die vollkommen falsche Antwort auf die Feststellung der INSM-Studie!

Und in Frankfurt sieht es nicht anders aus. Im Jahr 2007

(vor der Landtagswahl) kann der enorme personelle Aderlass durch die landesweite Personalneuverteilung noch von der Bereitschaftspolizei kompensiert werden, die dann ebenfalls auf dem Zahnfleisch geht. Aber was wird in 2008?

Wie wird das Frankfurter Personal dann reduziert? Oder ist es in diesem (Nachwahl-)Jahr opportuner Strukturveränderungen umzusetzen und Reviere zusammenzustrichen? Und wie sieht es eigentlich aus mit dem unrühmlichen letzten Tabellenplatz der Frankfurter Polizei in der vergleichenden bundesweiten Kriminalstatistik?

Die Beispiele ließen sich für weitere hessische Landkreise und kreisfreie Städte fortsetzen und sind in der INSM-Studie nachzulesen.

Gerne weisen regierungsverantwortliche Politiker darauf hin, dass der vorhandene Personalmangel durch zusätzliche Sachausstattung (neue Streifenwagen und Kommunikationstechnik) weitgehend kompensiert würde. Auch im Vorwahljahr ist zu erwarten, dass man den Bürgerinnen und Bürgern eine vermeintlich heile Polizeiwelt suggeriert, indem man in gewohnter Manier neue Streifenwagen und blaue Uniformen auf Marktplätzen und anderswo mit entsprechendem Medienrummel präsentiert, um von der eigentlichen Misere abzulenken.

Und es erscheint mir auch nicht besonders seriös, wenn in großformatigen Gazetten der

Boulevardpresse von Geheimplänen zur Terrorabwehr und zusätzlichen Geldern für eine besondere Form der Kriminalitätsbekämpfung berichtet wird und bei Licht betrachtet diese Gelder für die Ersatzbeschaffung von Funkwagen und Computern, also für das normale Tagesgeschäft vorgesehen sind.

EDV-Arbeitsplätze gehören zum Inventar einer gut funktionierenden öffentlichen Verwaltung und sind mittlerweile Standard in osteuropäischen Ländern. Dies gilt gleichermaßen für den Digitalfunk, auf den unsere Kolleginnen und Kollegen allerdings noch lange warten müssen.

**Ausreichend Personal und moderne Technik ist für die Aufgabenbewältigung der Polizei unverzichtbar.**

**Was aber ist die Realität? Eine moderne Technik ist teilweise vorhanden, das Personal fehlt an allen Ecken und Enden und die polizeiliche Aufgabenstellung wird immer anspruchsvoller.**

**Für diese Erkenntnis bedarf es keiner gewerkschaftsunabhängigen Studie – es bedarf der Einsicht und Aufrichtigkeit der verantwortlichen Politiker!**

Jörg Bruchmüller

# „Beim Einkaufen mit allen Sinnen dabei sein“

90 Teilnehmer/-innen beim GdP-Seniorenseminar in Tann/Rhön

Weit gespannt war der Themenbereich des Seniorenseminars 2006 der Hessen-GdP im sonnigen Oktober im Hotel „Zur Krone“ in Tann/Rhön. Von gesunder Ernährung über Beihilfefragen, Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und notwendigen Versicherungen reichte die Palette.

Dabei stellte Bernhard Langer, früherer Landeskassierer der GdP, auch die Arbeit des gemeinnützigen Vereins „Polizei-Sozial-Hilfe Hessen“ (PSHH), der dieses Seminar finanziell unterstützt hat, vor. Norbert Gottlob und Heinz Pult informierten über eine preiswerte Sterbegeldversicherung bei der Nürnberger, die zur Finanzierung des PSHH beiträgt.

Das mittelalterliche Städtchen Tann mit dem Denkmal des Freiherrn v. u. z. d. Tann Rathshausen (1815–1881) war zum zweiten Mal Austragungsort eines Seniorenseminars. Es bildete gemeinsam mit der guten Unterbringung und ausgezeichneten Verpflegung ei-



Wieder einmal sehr gut besucht war das zweitägige Seniorenseminar in Tann/Rhön.

nen Rahmen, in dem ein Seminar eigentlich gelingen muss. Was der Hausherr da aber an schmackhaften und würzigen Fleischgerichten an den beiden Tagen auf den Tisch zauberte, das entsprach, von Salat, Gemüse und Obst abgesehen, nicht unbedingt dem, was man unter gesunder Ernährung im Alter versteht. Geschmeckt hat es dennoch und mit einem kühlen Bier oder einem Glas Wein ließ sich auch Schwerverdauliches gut runterspülen.

## Im Darm sitzt die Seele des Menschen

Ernährungsberaterin Silvia Rex, die den Reigen der Vorträge und Diskussionen eröffnete, hatte einige gute Tipps für eine gesunde Ernährung. Essen und Trinken solle so gestaltet werden, dass es altersverträglich ist und gut schmeckt. „Was nützt das gesündeste Essen, wenn es nicht schmeckt?“ fragte sie. „Nichts, denn es wird nicht gegessen“.

Die Ernährungsgewohnheiten zwischen Jung und Alt seien eigentlich gleich, meinte sie. Die Ernährung müsse abwechslungsreich sein („Essen Sie bunt“). Obst und Gemüse, Salate und Säfte gehörten regelmäßig auf den Tisch. Auch ein abendliches Glas Rotwein sei nicht abzulehnen. Viel trinken sei wichtig im Alter, damit der Körper nicht austrock-

ne. Flüssigkeitsmangel, fehlende Vitamine, Eiweiße, Mineralien, Spurenelemente und Ballaststoffe kennzeichneten den Ernährungsstatus vieler älterer Menschen. Gerade auf Ballaststoffe legte sie Wert. „Im Darm sitzt die Seele des Menschen“ sei ein geläufiger Satz von Ernährungsberatern. Die mediterrane Küche mit kalt gepresstem Olivenöl, Salaten und Seefisch nannte sie als positives Beispiel. Fett spalte die Vitamine und mache sie so für den menschlichen Körper verwertbar. Vitamingetränke, -tabletten und -pulverchen wirkten anders wie natürliche Vitamine, warnte sie. Auch von Nahrungsergänzungsmitteln halte sie nichts, erfuhren die Seminarteilnehmer, die mit Zwischenfragen ihr Wis-

sen erweiterten. Notwendig sei es, ungesättigte Fettsäuren zu sich zu nehmen (die gesättigten bildet der Körper ausreichend). Sie seien unter anderem in Makrele, Hering und Lachs enthalten aber auch in Oliven, Avocado und bestimmten Diätmargarinen. Gesund seien auch Samen und Kerne, zum Beispiel vom steirischen Kürbis.

Beim Einkaufen solle man mit allen Sinnen dabei sein, möglichst frische Ware kaufen, wozu auch tiefgefrorenes Gemüse zähle, und aufpassen auf industriell gefertigte Ware. Darin seien oft ungesunde Fette und viel Zucker versteckt. Mit Zucker sei im Alter sparsam umzugehen, das gelte auch für Honig. Wer sein Wissen über gesunde Ernährung vertiefen wolle, könne sich die Richtlinien der „Deutschen Gesellschaft für Ernährung“ besorgen.

## Die Beihilfestelle in Kassel hilft

Wilhelm Eck von der Beihilfestelle des Landes Hessen in Hünfeld, der für den erkrankten Referenten Ralf Nolte eingesprungen war, erwies sich als ausgezeichnete Fachmann auf diesem Gebiet. Seine Erklärungen machten deutlich, dass die Beihilfe kein Buch mit sieben Siegeln ist und dass man im Zweifelsfall auch zu den bekannten Sprechzeiten in Kassel



Der Fuldaer Richter Dr. Kreiss referierte über Patientenverfügung und Testament.



Deutsche  
**Polizei**

**Ausgabe:**

Landesbezirk Hessen

**Geschäftsstelle:**

Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**

Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446





Fortsetzung von Seite 3

zent der Versicherten seien Pflegefälle. Besonders viele Fälle gebe es in der Altersgruppe 70 bis 89 Jahre. Es gebe im Pflegeversicherungsgesetz von 1995 viel Bürokratie. Verbesserungswürdig sei die Einstufung bei den Pflegestufen und den Betreuungsleistungen. Verbessert werden sollte die Hauspflege. Das Pflegegeld für Angehörige müsse erhöht werden. Ehrenamtliche Pflegepersonen seien unter bestimmten Voraussetzungen rentenversichert. Probleme gebe es oft bei Demenzerkrankungen. Bei Konflikten mit dem „medizi-



Das Tagungshotel „Krone“ in Tann/Rhön.

nischen Dienst“ sei die Signal-Iduna bereit, bei der Formulierung von Widersprüchen zu helfen. Es wurde eine interessante

Information mit Frage- und Antwortspiel.

### Seminarkritik

Bei der Seminarkritik bekamen die Macher vom GdP-Seniorenvorstand viel Lob und auch einige Vorschläge, was bessergemacht werden könne. Lob gab es auch für die Teilnahme des Bundesseiniorenvorsitzenden Arthur Jung, der nicht nur die Seniorenarbeit der GdP auf Bundesebene vorstellte, der abends auch von Tisch zu Tisch ging und sich mit den Kollegen/-innen unterhielt.

wgd

## VERANSTALTUNGEN

# GdP-Radtour quer durch Hessen

Vom 23.–27. Juli 2007 veranstaltet die GdP eine Radtour durch Hessen.

Start und Ziel ist in Wiesbaden, Hessische Polizeischule. Während der 5-Tage-Tour werden insgesamt ca. 600 Kilometer zurückgelegt und an den jeweiligen Etappenzielen ist eine Übernachtung eingeplant. Näheres siehe beigefügter Etappenplan.


Insgesamt können 20 GdP-Mitglieder (Rennradfahrer/-innen) teilnehmen. Die Kosten je Teilnehmer betragen ca. 250 Euro. Übernachtungen und ein Begleitservice (VW-Bus mit großem Radanhänger) sind inklusive.

Weitere Informationen bei Jörg Bruchmüller unter E-Mail: [jbruchmueller@t-online.de](mailto:jbruchmueller@t-online.de)

Anmeldungen bis 15. Februar 2007 bei der GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden unter **Telefon: 06 11/9 92 27-30**



		600 km	von	über	nach
Montag	1. Etappe	80	Wiesbaden, HPS		Weilburg
Dienstag	2. Etappe	130	Weilburg	Marburg	Edersee
Mittwoch	3. Etappe	135	Edersee	Kassel	Eschwege
Donnerstag	4. Etappe	135	Eschwege	Heringen	Grebenhain
Freitag	5. Etappe	120	Grebenhain	Bad Vilbel	Wiesbaden, HPS



**Fachforum Todesermittlungen**

---

**Schlangenbad 03. März 2007, 20.00 Uhr**

---

Veranstaltung "TODESERMITTLUNGEN IV"  
**"Jeden Tag den Tod vor Augen - Polizisten erzählen"**  
 Lesung mit Volker Uhl

---

Cafehalle Schlangenbad, Rheingauer Straße, 65388 Schlangenbad

Der komplette Erlös der Veranstaltung kommt dem  
 Kinderhospiz Stiftung "Bärenherz Wiesbaden" als Spende zu.

Zu dieser Veranstaltung:  
 Ein lebensnahes Fenster in eine für viele verschlossene Welt. Das schwer verletzte Kind, das Entführungsdrama, der getötete Kollege - Polizisten haben jeden Tag den Tod vor Augen. Wie gehen sie mit solchen Erlebnissen, aber auch der Bedrohung des eigenen Lebens um? In authentischen Geschichten berichten Polizisten aus ihrem Alltag und zeigen sich als Menschen, die andere leiden und sterben sehen, weil es ihr Beruf mit sich bringt. Entstanden aus dem Internet-Projekt "Polizei-Poeten", ein erschütterndes Buch über eine uns verschlossene Welt.

**Anmeldungen und Anfahrtsbeschreibung**  
 über [www.todesermittlungen.de](http://www.todesermittlungen.de)

**Eintritt beträgt 10,00 Euro.**

Erst nach Eingang der Gebühren ist die Anmeldung gültig und mit einer verbindlichen Platzreservierung verbunden.

---

Fachforum Todesermittlungen  
 Mühlstrasse 14 ■ D-65388 Schlangenbad ■ [www.todesermittlungen.de](http://www.todesermittlungen.de)  
 Tel. +49 (0) 6129-489 510 ■ Fax. +49 (0) 6129-489 511 ■ Mail: [jhy@todesermittlungen.de](mailto:jhy@todesermittlungen.de)  
 Bankverbindung: Sparda Bank Hessen e.G. ■ Kto.-Nr. 110 216 665 0 ■ BLZ 500 905 00



GdP-BUNDESKONGRESS

# Ein Rückblick aus hessischer Sicht

Im November letzten Jahres fand der Bundeskongress der GdP in Berlin statt. Bei der Ankunft fragte man sich, warum ein Hotel im Regierungsviertel preiswerter sein soll als eines in der Provinz. Das Rätsel ist schnell gelöst: Zum Zeitpunkt, als mit der Hotelkette die Verträge abgeschlossen wurden, war das Hotel gerade mal in der Planung. Dadurch konnten Konditionen ausgehandelt werden, die wir als Normalsterbliche nicht einmal als „Wochenendsuperschnäppchen“ erhalten werden. Außerdem kommt hinzu, dass es bundesweit nur noch wenige Häuser gibt, die entsprechend große Tagungsräume haben. Nachdenklich wird man, wenn ein führendes Hotel zu später Stunde nicht mehr in der Lage ist, den Delegierten noch etwas zum Essen zuzubereiten und diese auf den Pizza-Service angewiesen sind.

Aus ökonomischer Sicht betrachtet wäre es weit günstiger, wenn in der Winterzeit ein Superangebot in einem Hotel an der türkischen Riviera in Anspruch genommen würde – dass dies von vornherein ausscheidet, ist selbstredend.



**Bundeschkanzlerin und CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel.**

Als deutliches Signal der Anerkennung ist es zu werten, dass die Bundeschkanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel und auch der amtierende SPD-Bundeschvorsitzende Kurt Beck ge-



**Die hessischen Kongressteilnehmer.**

kommen waren. In ihrem Schlepptau war noch die eine oder andere politische Größe. Aber auch die Spitzen der kleineren Parteien im Bundestag waren ebenso so hochkarätig und kompetent vertreten. Besonders freute es uns Hessen, dass auch Bundesverfassungsschutzpräsident Heinz Fromm (ehemals hessischer Innenstaatssekretär) anwesend war. Als Kongressteilnehmer freute es besonders, dass alle Gäste in ihren Ansprachen und Grußworten die GdP als den Ansprechpartner Nr. 1 nannten, wenn es um polizeiliche Fragen geht.

Auf einem Bundeskongress wird neben der Festlegung der gewerkschaftspolitischen Leitlinien für die kommenden vier Jahre auch der Bundesvorstand neu gewählt. Neben den Vertretern Kraft Amtes, den Landesvorsitzenden, wird im Vorfeld seitens des „alten“ Vorstandes versucht, eine Mannschaft zusammenzustellen, die von der breiten Mehrheit der Landesbezirke getragen wird. Überraschungen gibt es dennoch, wenn die Delegierten anders votieren, als man es eingeplant hat.

Wir Hessen haben nach langer interner Diskussion und Beschlusslage auf unserem Landesdelegiertentag auf keiner Funktion im geschäftsführen-

den Bundesvorstand kandidiert. Die Föderalismuskommission und ihre Auswirkungen auf die Länder verlangen die ganze gewerkschaftspolitische Kraft im eigenen Land.



**Kurt Beck, SPD-Bundesvorsitzender und Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz.**

Die gute Arbeit unserer Spitzenfunktionäre im geschäftsführenden Bundesvorstand wurde mit entsprechend hervorragenden Wahlergebnissen bestätigt, allen voran unser Bundesvorsitzender Konrad Freiberg.

Die gewerkschaftspolitische Ausrichtung in den kommenden vier Jahren wird durch die beschlossenen Anträge vorgegeben. Nicht die Quantität der eingebrachten Anträge ist entscheidend, sondern deren Qualität. Unsere bewährte hessische Ver-

fahrensweise, inhaltlich verwandte Anträge zu gruppieren und daraus einen Leitantrag zu formulieren, hätte bei diesem Bundeskongress wohl zu mehr Professionalität beigetragen. Gleichwohl können wir Hessen zufrieden zurückblicken. Unsere Anträge waren richtungsweisend und bringen die Probleme und Sorgen auf den Punkt, die unsere Mitglieder tagtäglich haben.

Der Funkstreifenwagen ist nicht nur Fortbewegungsmittel, sondern in erster Linie Arbeitsplatz. Dadurch unterliegt er besonderen Beanspruchungen und Anforderungen, die neben dem Gesundheits- auch den Arbeits-



**Mike Messer begründet einen hessischen Antrag.**

Fortsetzung auf Seite 6



**Erstmals in der Geschichte der GdP kam es zur namentlichen Abstimmung. Hier die Hessen auf dem Weg zur Stimmabgabe.**

*Fortsetzung von Seite 5*

schutz berühren. In einer bundesweiten Kommission sollen Anforderungen zusammengestellt werden, die den Funkstreifenwagen als komplexen Arbeitsplatz unter Beachtung gesundheitlicher Gesichtspunkte verstehen.

Neue Uniform ist in Hessen insoweit kein Thema mehr, da unter Beteiligung des Hauptpersonalrates ein einjähriger Trageversuch durchlaufen wurde, um Mängel zu beheben und somit eine möglichst hohe Akzeptanz bei unseren Kolleginnen und Kollegen zu erreichen. Im Ergebnis wurde eine Uniform konzipiert, die den Anforderungen an Tragekomfort, Zweckmäßigkeit, Haltbarkeit und Aussehen gerecht wird. Viele Bundesländer haben diesen Weg nicht beschritten und eine neue Uniform mit erheblichen Mängeln, quasi über Nacht, verordnet. Hier hat

sich die hessische Kooperation zwischen LPP und Personalvertretung mehr als bezahlt gemacht.

Die Tarifabschlüsse und die Verweigerungshaltung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch war ebenso Thema, wie das sich daraus ergebende gewerkschaftliche Handeln. In unseren als auch den Anträgen der anderen Landesbezirke wurde deutlich, dass durch die Föderalismuskommission und die dadurch bedingte Landeszuständigkeit in Besoldungs- und Versorgungsangelegenheiten noch viel Handlungspotenzial besteht. Der neue TVöD/TV-L hat noch etliche Lücken, die noch zu schließen sind. Dies geht nicht von alleine, weil die öffentlichen Arbeitgeber den Beschäftigten nicht nur Gutes tun wollen, sondern es bedarf vieler gewerkschaftlicher Aktionen und Gespräche. Die hessische Situation wird sich immer mehr zu-

spitzen. Die GdP ist eine Solidargemeinschaft und wird es auch bleiben, auch wenn die Länder und andere Interessenvertretungen einen anderen Weg gehen.

Gesundheitlich belastende Schichtarbeit und Versorgung sind untrennbar. Die Kolleginnen und Kollegen, die gesundheits-

belastende Dienste versehen, bedürfen der besonderen Fürsorge.

Neben speziellen Vorsorgemaßnahmen, wie z. B. Kuren, müssen auch bei der Versorgung entsprechend Berücksichtigung finden.

Dass auch Hessen nach der Landtagswahl im kommenden Jahr über eine Lebensarbeitszeitverlängerung nachdenke bzw. einführen wird, ist, trotz der Lippenbekenntnisse unseres Ministerpräsidenten und unseres Innenministers, zu befürchten. Dann sind die dazu beschlossenen gewerkschaftspolitischen Anträge eine gute und sachgerechte Forderung.

Teilzeitbeschäftigung und flexible Arbeitszeiten im Sinne einer besseren Lebensplanung dienen nicht nur zum Kaschieren mangelnder Personalstärken. Dies war ebenso Thema wie

die Belastungen durch die Umstellung des Gesundheits- und Rentensystems.

Bei der bundesweiten Umsetzung/Vollendung der zweigeteilten Laufbahn haben wir Hessen viel erreicht, können uns aber leider nicht ein Stück zurücklehnen. Was wir im Grundsatz damit erreicht haben, werden viele andere auf diesem ehrlichen und steinigen Weg nie erreichen. Gleichwohl gibt es in anderen Bundesländern viele strukturelle Verbesserungen, die sich sehen lassen können. Dadurch hat Hessen eben nicht mehr die am besten bezahlte Polizei. Hierzu haben wir auf unserem Landesdelegiertentag Richtungsweisendes beschlossen, das derzeit seinen Feinschliff erhält und anschließend mit den politisch Verantwortlichen beraten wird. Finanzierbar ist es allemal.



**Zwei aufmerksame Delegierte: Rudi Ott (links) und Thomas Scheunert.**



**Südhessische Delegierte während einer Kongresspause.**

Abschließend sei gesagt, dass das Kongressmotto es auf den Punkt bringt. Die Polizei ist der Garant der verfassungsrechtlich verbrieften Inneren Sicherheit und bedarf dazu nicht der Hilfe der Bundeswehr. Gleichwohl bedeutet dies auch, dass die Kolleginnen und Kollegen des Polizeidienstes ein Anrecht auf eine besondere Fürsorge des Staates haben.

Versuche, polizeiliche Aufgaben an die Bundeswehr oder an Freiwillige zu übertragen, erteilen wir eine klare und sehr deutliche Absage. eg



VERWALTUNGSFACHHOCHSCHULE

# Der Bologna-Prozess

Es wird auch Änderungen bei der Polizeiausbildung geben

Studierende und Forscher sind mobiler, flexibler und internationaler als je zuvor. Wissen kennt keine Landesgrenzen. Internationalisierung ist ein Reformschrittmacher für die Entwicklung und Modernisierung des Hochschulwesens. Die Hochschulen müssen sich im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe bewähren. Gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn hat sich Deutschland daher 1999 in Bologna das Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Der Bologna-Prozess ist die wohl tiefgreifendste Hochschulreform der letzten Jahre.

Die europäischen Bildungsministerinnen und -minister haben im Berliner Kommuniqué die Erweiterung des Zielkatalogs beschlossen und konkrete Umsetzungsprojekte bis 2005 benannt.

Der Zielkatalog umfasst unter anderem nunmehr folgende Ziele:

- Förderung der Qualitätssicherung auf institutioneller, nationaler und europäischer Ebene,
- Einführung der Bachelor-/Master-Studienstruktur,
- Einführung eines Leistungspunktsystems (ECTS),
- Verbesserung der Anerkennung von Abschlüssen,
- Beteiligung der Studierenden am Bologna-Prozess,
- Einbettung in das Konzept des lebenslangen Lernens.

## Stand der Umsetzung in Deutschland

Das augenfälligste Ergebnis der Bologna-Reform ist die Umstellung der Studiengänge auf das zweistufige Bachelor-/Master-Studiensystem. Die Forderung des Berliner Kommuniqués (2003), bis 2005 mit der Einführung des zweistufigen

Studiensystems begonnen zu haben, hat Deutschland bereits im Jahre 2002 mit dem 5. Hochschulrechtsrahmenänderungsgesetz (HRGÄndG) erfüllt, welches die Bachelor- und Masterstudiengänge in das Regelangebot der Hochschulen überführt. Die Bundesländer setzen diese bundesgesetzliche Vorgabe durch eine Verankerung der Bachelor- und Masterstudiengänge in ihren Landeshochschulgesetzen um. 2003 haben die Wissenschaftsminister/-ministerinnen der Länder die bildungspolitische Grundsatzentscheidung für eine möglichst flächendeckende Umsetzung des gestuften Graduiierungssystems bis zum Jahre 2010 verabschiedet.

## Bachelor und Master, was bedeutet das?

Das Bachelor-/Master-System eröffnet den Studierenden neue Möglichkeiten für eine Kombination attraktiver Qualifikationen sowie für eine flexiblere Verbindung von Lernen, beruflichen Tätigkeiten und privater Lebensplanung. Mit dem Bachelor ist ein Studienabschluss eingeführt, der bereits nach drei bis vier Jahren zu einem berufsbefähigenden Abschluss führt, so dass früher als bisher ein Berufseinstieg möglich ist. Vor allem aber ist dieses Studiensystem international kompatibel und bildet damit die Grundlage für mehr Mobilität im Studium weltweit.

## Auswirkungen auf die hessische Polizei

Seit 1980 durchlaufen alle Kommissare der hessischen Polizei ein Studium an der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden. Anfänglich waren es nur



Jörg Bruchmüller überreicht KOR Volkmar Mühl (links) einen GdP-Teddy zur Erinnerung an den gelungenen Vortrag.

Aufsteiger, aber seit der Umsetzung/Abschluss der zweigeteilten Laufbahn sind es auch die Anwärter. Alle schließen die Ausbildung mit der Diplomierung ab und bekommen den akademischen Grad „Diplomverwaltungswirt (FH)“ verliehen.

Im Zuge der nationalen Umsetzung des Bologna-Prozesses wird es große Herausforderungen an die Polizeiausbildung geben. Das sechs Semester dauernde Studium wird mit einem Bachelor-Abschluss enden, während die Polizei-Führung-Akademie in Hilstrup den Master-Abschluss verleiht. Voraussetzung ist jedoch, dass beide Studiengänge nicht isoliert voneinander gesehen werden können, sondern eines aufeinander abgestimmten Aufbaus bedürfen. Unabhängig davon stand im Vordergrund des bisherigen

Curriculum die Verzahnung von Theorie und polizeilicher Praxis und damit auch die ständige Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen bei der hessischen Polizei. Zukünftig muss der Schwerpunkt auf der noch stärkeren Verzahnung von Theorie und polizeilicher Praxis, sowohl in den fachtheoretischen als auch fachpraktischen Studienabschnitten liegen. Es kann nicht sein, dass eine zu bearbeitende Straftat oder ein Verkehrsunfall in der Ausbildung in mehreren Fächern behandelt wird. Eine fallbezogene Ausbildung, die anhand des konkreten Beispiels alle Aspekte behandelt, muss zukünftig das Ziel sein. Nur so lassen sich komplexe Zusammenhänge besser verstehen und führen langfristig zu einer steigenden Professionalisierung und Qualitätssteigerung der polizeilichen Aufgaben.

## Vortrag im Landesvorstand

In einem Vortrag im GdP-Landesvorstand hat KOR Volkmar Mühl von der VFH in Mühlheim, der den Bologna-Prozess innerhalb der hessischen Polizei begleitet, die zukünftige Polizeiausbildung erläutert. Insbesondere die Parallelen zwischen Forderung, die aus dem Bologna-Prozess und die dadurch bedingten Auswirkungen und Veränderungen auf die Polizeiausbildung in Hessen, machte er deutlich.

Im Anschluss an die gelungene und informative Präsentation überreichte ihm Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller den GdP-Bär, der ihm auf seinem weiteren Weg immer begleiten und verdeutlichen soll, dass die GdP auch in Sachen der Ausbildung ein kompetenter und verlässlicher Partner ist.

Ewald Gerk

# Absicherung bei Dienstunfällen

Im März 2004 fand das erste Forum „Wachpolizei“ in Klein-Linden statt. Ab diesem Zeitpunkt hat die GdP in Gesprächen und Schreiben an die zuständigen Damen und Herren im Innenministerium und den Minister immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Lösung besonders für die Wachpolizei bei Dienstunfällen getroffen werden muss.

Ein Weihnachtsgeschenk der besonderen Art erreichte uns nun in Form eines Erlasses. Die Absicherung von Angestellten in Arbeitsbereichen mit besonderem Gefahrenpotenzial bei Arbeitsunfällen gilt für alle Angestelltengruppen, die gefährdet sind, insbesondere aber für die Bediensteten der Wachpolizei.

## Was bedeutet diese neue Absicherung?

Das Beamtenrecht kann angewandt werden bei Angestellten, die einen Arbeitsunfall erlitten haben und bei denen infolge des Arbeitsunfalls die Minderung der Erwerbstätigkeit bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses um mindestens 50 Prozent beschränkt ist.

Das bedeutet, dass alle Voraussetzungen nach § 37 Beamten-Versorgungsgesetz erfüllt sein müssen. Sind die Voraussetzungen geprüft, d. h. ist es ein anerkannter Dienstunfall, wird nach § 43 BeamtenVG die einmalige Entschädigung von 80 000 Euro gezahlt.

Bei einem tödlichen Arbeitsunfall bekommen die Witwe sowie die versorgungsberechtigten Kinder eine Entschädigung von insgesamt 60 000 Euro.

Die vorgestellte Absicherung tritt allerdings erst in Kraft, wenn alle anderen Leistungen von anderen Trägern ausgeschöpft sind. Das bedeutet, dass zunächst die Zahlungen der Unfallkasse abgewartet werden müssen. Es erfolgt eine Verrechnung, um zu vermeiden, dass der Angestellte eine höhere Abfindung als der entsprechende Beamte bekommt.

Es ist eine komplizierte aber nachvollziehbare Regelung getroffen worden. Sie geht weit über die von uns vorgestellte Berliner Regelung hinaus. Dass

es bei einem schweren Dienstunfall trotzdem zu vielen Überprüfungen und Anfragen kommen wird, ist nicht zu vermeiden. Auch dass die endgültige Entscheidung über die Gewährung der zusätzlichen Absicherung in jedem Einzelfall vom HmdIuS mit Zustimmung des Finanzministeriums erfolgen muss, mindert nicht den Erfolg der GdP in dieser Sache.

Ohne die Forderungen der GdP nach verbessertem Unfallschutz auch für Angestellte der Wachpolizei wäre diese haushaltsrechtliche Neuregelung nicht erfolgt.

Erika Büttner

## AKADEMIE HOFGEISMAR

### Gemeinsam gegen Missstände

Die Zusammenarbeit von Polizei und Kommunen auf dem Prüfstand



Im Bereich von niedrigschwelliger Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten gibt es eine Reihe sozialer und ökologischer Probleme, die die Polizei nicht alleine lösen kann, etwa illegal auf Häuserwände gesprühte Graffiti.

In Hessen haben sich deshalb Präventionsräte gebildet, die

mittlerweile sogar gesetzlich verankert sind. Hier arbeiten neben der Polizei Institutionen wie Ordnungsamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und Justiz mit, tauschen Informationen aus und suchen nach Lösungen.

Die **Tagung vom 12. bis 14. Februar 2007** will zum Einen die Arbeit der Präventionsräte beleuchten und bewerten. Andererseits soll ein Expertenteam aus England von dortigen Modellen berichten, mit unsozialem Verhalten umzugehen.

**Anmeldung/Tagungsort:** Bis zum 5. Februar 2007 an: Evangelische Akademie, Postfach 12 05, 34362 Hofgeismar; Fax: 0 56 71/8 81-154. E-Mail: [ev.aka.dem@hofgeismar@ekkw.de](mailto:ev.aka.dem@hofgeismar@ekkw.de)

**Tagungskosten:** Von Angehörigen der Polizei erheben wir einen Betrag von 50 Euro. Die weiteren Tagungskosten übernimmt die Polizeiseelsorge. Reisekosten sind selbst zu tragen.

## ES VERSTARBEN

**Fred-Hartmut Reuter**  
Kreisgruppe HLKA

**Udo Schreiber**  
**Franz Guetgemann**  
Kreisgruppe Kassel

**Kurt Weber**  
Kreisgruppe WSP

**Kurt Sternberger**  
Kreisgruppe Wiesbaden

**Christine Linke**  
Kreisgruppe  
Darmstadt

**Manfred Döring**  
Kreisgruppe HBP Mudra

**Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.**



Landtagswahlen  
in  
**11 Monaten**

- **Kontingentierung der Beförderungen**
- **Stellenabbau im Tarifbereich**
- **Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft**